



Liebe Freundinnen und Freunde,

mit diesem Newsletter kurz vor den Weihnachtstagen möchte ich Euch wieder über meine Arbeit im Bundestag, über aktuelle Geschehnisse in der Linksfraktion sowie in Bayern informieren. Dem letzten Newsletter des Jahres ist wieder ein **Text von mir zum Jahreswechsel 2012/2013** als gesonderte PDF-Datei angehängt. Ich und mein Team wünschen allen erholsame Feiertage und ein kämpferisches Jahr 2013! Für Rückfragen und Anmerkungen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit solidarischen Grüßen,

Harald Weinberg

- Mitglied des Deutschen Bundestages Fraktion DIE LINKE. Obmann im Ausschuss für Gesundheit, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit -

Inhalt:

1. Aktuelles aus Bayern2
1.1 Volksbegehren gegen Studiengebühren: Vom 17. bis 30. Januar wird es ernst!.....	2
1.2 Rechter Terror und die Politik in Bayern	2
2. Aktuelles aus der Fraktion DIE LINKE2
2.1 DIE LINKE wirkt – Praxisgebühr abgeschafft. Jetzt geht es an die Zuzahlungen!	2
2.2 Von der Schädlichkeit des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenversicherung.....	3
2.3 Fallpauschalensystem muss auf den Prüfstand.....	3
2.4 CDU/CSU schreibt bei der privaten Krankenversicherung ab	4
2.5 Kleiner Pressespiegel	4
2.6 „Griechenland-Hilfe“ und kein Ende	4
2.7 Bundesregierung schickt deutsche Raketen in die Türkei.....	5
3. Sonstiges5
3.1 Aufruf der LINKEN zur internationalen Solidaritätskampagne für Griechenland.....	5
3.2 Landtagswahl in Niedersachsen am 20. Januar	5
3.3 Militärangriffe in Nahost auf beiden Seiten sofort einstellen	5
4. Kontakt zu Haralds Büros6

1. Aktuelles aus Bayern

1.1 Volksbegehren gegen Studiengebühren: Vom 17. bis 30. Januar wird es ernst!

Zwischen dem 17. und 30. Januar müssen sich mindestens zehn Prozent der Wahlberechtigten in Bayern (ca. 930.000 Menschen) eintragen, um einen Volksentscheid zur Abschaffung der Studiengebühren zu erwirken. Die zahlreichen lokalen Aktionsbündnisse benötigen dafür aktive Unterstützung. Die Abschaffung der Studiengebühren wäre ein Schritt in die richtige Richtung. Gehen wir gemeinsam diesen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Durchsetzung des Menschenrechts auf gebührenfreie Bildung – von der Kita bis zur Erwachsenenbildung! Material und Informationen, um die Mobilisierung vor Ort zu unterstützen, gibt es auf der [Sonderseite zum Volksbegehren der LINKEN Bayern](#) und der Webseite des Bündnisses www.volksbegehren-studiengebuehren.de.



1.2 Rechter Terror und die Politik in Bayern

Ich möchte auf zwei Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung hinweisen, in denen sich u.a. Texte finden zur Verharmlosung von Rechtsextremismus und -terrorismus in Bayern und zur Frage, was nach alledem zu tun ist mit dem Bayerischen „Verfassungsschutz“:

- In der Broschüre „[Vergessener Terror von rechts. Verharmlosung und Leugnung von \(Neo-\)Nazi-Umtrieben in Deutschland](#)“ gibt es den Text „«Rechtsterroristische Strukturen sind nicht bekannt geworden.» Die Verharmlosung des militanten Neofaschismus: Das Beispiel Bayern“ von Robert Andreasch.
- Die Online-Publikation „[Der Verfassungsschutz, das bayerische Innenministerium und der Extremismus der Mitte](#)“ sammelt kurze Beiträge zum Thema, u.a. „Überlegungen zur dringend erforderlichen Reform des Bayerischen Verfassungsschutzes“ von Klaus Hahnzog.

2. Aktuelles aus der Fraktion DIE LINKE

2.1 DIE LINKE wirkt – Praxisgebühr abgeschafft. Jetzt geht es an die Zuzahlungen!



Die Praxisgebühr wurde 2003 in einer langen Nachtsitzung beschlossen und am 4. November 2012 in einer langen Nachtsitzung als einziger Lichtblick in einer ansonsten tiefen Dunkelheit der anderen Beschlüsse (Betreuungsgeld und „Zusatzrente“) beendet. Am 9. November wurde dies im Parlament vollzogen. In einer namentlichen Abstimmung haben 548 (alle anwesenden Abgeordneten) für die Abschaffung der Praxisgebühr gestimmt. Ein schöner Erfolg auch für die Beharrlichkeit der LINKEN. Wir haben von Beginn an gegen die Praxisgebühr gekämpft und immer wieder (2006, 2009, 2012) Anträge zur Abschaffung gestellt.

Jetzt müssen die anderen Zuzahlungen angegangen werden. Ein Antrag hierzu liegt bereits vor. Im Folgenden gebe ich wieder einen Überblick zu meinen parlamentarischen Aktivitäten zum Thema:

- **DIE LINKE wirkt – Praxisgebühr abgeschafft** (Rede vom 9.11.2012)
„Heute vollziehen wir mit der Abschaffung der Praxisgebühr einen ersten wichtigen Schritt – ein schöner Erfolg für die Beharrlichkeit der Linken. Noch einen letzten Satz das ist nämlich wichtig; das will ich gerade der FDP hinter die Ohren schreiben: Wir taktieren nicht, wie Sie es gerne tun und getan haben; wir werden der Abschaffung der Praxisgebühr zustimmen, auch wenn der Gesetzentwurf von Ihnen kommt.“ [REDE ANSEHEN](#) | [REDE LESEN](#)



Während der Rede zur Abschaffung der Praxisgebühr

- **Überschüsse für Abschaffung aller Zuzahlungen nutzen**
(Pressemitteilung vom 22.11.2012)

„Nach der Abschaffung der Praxisgebühr muss nun die Abschaffung der übrigen Zuzahlungen ins Visier genommen werden. Dafür ist genügend Geld vorhanden; das zeigen die aktuellen Zahlen über die Überschüsse bei den Gesetzlichen Krankenkassen. Durch das Finanzierungssystem der Bundesregierung ist es aber schwierig, diese Reserven zu heben“, kommentiert Harald Weinberg, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Gesundheitsausschuss, entsprechende Meldungen. [WEITERLESEN](#)

- **Alle Zuzahlungen abschaffen** (Pressemitteilung vom 29.10.2012)

„Die Praxisgebühr hat als Steuerungsinstrument versagt und soll weg – soweit sind sich fast alle einig. Jetzt ist es an der Zeit, auch die anderen Zuzahlungen abzuschaffen. Denn diese waren schon immer ausschließlich ein Instrument zur Belastung der Kranken zugunsten von Gesunden und Arbeitgebern und taugten noch nie als Steuerungsinstrument; daher müssen sie erst recht weg“, kommentiert Harald Weinberg, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Gesundheitsausschuss, den Vorschlag des Vorstandschefs der AOK Rheinland-Hamburg, neben der Praxisgebühr auch alle anderen Zuzahlungen auf den Prüfstand zu stellen. [WEITERLESEN](#)

- **Ohne schwarz-gelbes Geschacher wäre Praxisgebühr längst Geschichte** (Artikel auf linksfraktion.de)
Vom 21. März 2012 ist der Antrag datiert, in dem DIE LINKE fordert »Praxisgebühr abschaffen«. Die Geschäftsordnung des Bundestages sieht vor, dass eine Fraktion zehn Wochen, nachdem ein Antrag in einen Ausschuss überwiesen wurde, ohne dass dieser eine Beschlussempfehlung für eine Abstimmung im Plenum gegeben hat, zumindest einen Bericht über die Beratung im Ausschuss verlangen kann. Das hat DIE LINKE getan. Der Bericht der Ausschussvorsitzenden Carola Reimann (SPD) dokumentiert anschaulich das Agieren von CDU, CSU und FDP in den zurückliegenden Monaten. [WEITERLESEN](#)

2.2 Von der Schädlichkeit des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenversicherung

Die KKH-Allianz hat „teure“ Versicherte zum Verlassen der Krankenkasse gedrängt. Das skandalöse Verhalten der Versicherung liefert ein weiteres Beispiel für die soziale Verrohung, den der politisch verordnete Wettbewerb unter den gesetzlichen Krankenkassen hervorruft.

- [„So mobbte die KKH-Allianz besonders teure Mitglieder aus der Kasse“](#) (Artikel auf *focus.de* vom 18.12.2012)
- [„Wenn Kranke, Alte und Arme zum Kostenrisiko werden. Ist die KKH Allianz ein Einzelfall?“](#) (Artikel von Martina Bunge auf linksfraktion.de vom 3.11.2012)
- [„Mögliche Diskriminierung von Versicherten durch den Krankenkassen-Wettbewerb“](#) (Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 14.12.2012)

2.3 Fallpauschalensystem muss auf den Prüfstand (Pressemitteilung vom 7.12.2012)

„Der Verdacht liegt nahe, dass zu viel operiert wird. Das Finanzierungssystem honoriert nicht die beste Medizin, sondern den höchsten Profit“, sagt Harald Weinberg, Obmann der LINKEN im Gesundheitsausschuss, mit Blick auf den AOK-Krankenhausreport. [WEITERLESEN](#)

2.4 CDU/CSU schreibt bei der privaten Krankenversicherung ab

Die führenden Gesundheitspolitiker aus CDU und CSU, Jens Spahn und Johannes Singhammer, haben ihrer Fraktion ein Argumentationspapier gegen die Bürgerversicherung geliefert. Dieses ist fachlich zum größten Teil Unsinn. Dafür gibt es auch einen Grund: Spahn und Singhammer haben bei einer Propaganda-Broschüre der privaten Krankenversicherung abgeschrieben, um ihre Fraktionskollegen mit diesem Lobby-Papier gegen sinnvolle Reformvorschläge einzustimmen. [WEITERLESEN](#)

- [„CDU-Experte Spahn bedient sich mit Copy and Paste bei Unions-Papier gegen die Bürgerversicherung aus der Broschüre des Privatkassenverbandes“](#) (Artikel in der *Leipziger Volkszeitung* vom 30.11.2012)

2.5 Kleiner Pressespiegel

Neben den oben aufgeführten Artikeln bin ich in den letzten Wochen noch zu anderen gesundheitspolitischen Themen in Zeitungen zitiert worden. Hier eine Auswahl der Artikel mit Statements von mir:

Die Praxisgebühr ist abgeschafft, aber die Kranken werden weiter geschröpft

Nachdem die Praxisgebühr am 1. Januar Geschichte wird, werden Patientinnen und Patienten, insbesondere diejenigen mit geringem Einkommen, weiterhin völlig unverhältnismäßig belastet. Das haben sogar die Zeitungen des Springer-Konzerns verstanden:

- [„Regierung rechnet mit 3,5 Mrd. Euro Zuzahlungen für Patienten“](#) (Tickermeldung auf *BILD.de* vom 19.12.2012, 6:34 Uhr)
- [„Kassenpatienten müssen Milliarden Euro zuzahlen“](#) (Artikel in der *Welt* vom 19.12.2012)

PKV-Rabatt für CDU-Mitglieder: Kungelei allererster Güte

Die CDU ist eine vehemente Verteidigerin der privaten Krankenversicherung. Dieser Einsatz wird honoriert: CDU-Mitglieder erhalten bei der AXA einen Rabatt von fünf Prozent auf ihre Beiträge.

- [„Opposition empört über Axa-Rabatt für CDU-Mitglieder“](#) (Artikel im *Hamburger Abendblatt* vom 29.10.2012)

Dummheit oder zu viel Glühwein? Merkel, Hitler und der Ärztechef

- [„Ärztechef stellt Merkel in eine Reihe mit Hitler“](#) (Artikel in der *Welt* vom 20.12.2012)

2.6 „Griechenland-Hilfe“ und kein Ende

Das fälschlicherweise als „Griechenland-Hilfe“ bezeichnete Rettungsprogramm für die Vermögen von Banken und Reichen ist in die nächste Runde gegangen. Am 30. November passierte ein neues Milliardenpaket den Bundestag – „Immer weg mit den Milliarden“ titelte Heribert Prantl dazu trefflich in der *Süddeutschen*. Das Einzige, was an diesem erneuten finanziellen Staatsstreich – über 40 Milliarden werden zur Verfügung gestellt – hervorzuheben ist, ist die Stimme dagegen: Die Rede von Sahra Wagenknecht in der Debatte war einmal mehr ein herausragender Beweis, warum eine starke LINKE ins Parlament gehört. Dies wiegt umso schwerer, da SPD und Grüne in der Krisen- und Europolitik regelmäßig ihre Oppositions-Rolle an der Bundestags-Garderobe abgeben und Banken und Spekulanten hoffieren.



- Sahra Wagenknecht: **„Sie spielen Weihnachtsmann für Spekulanten und streichen Weihnachtsbäume bei Hartz IV“** [REDE ANSEHEN](#) | [REDE LESEN](#)
- [„Schwarz-Gelb und Rot-Grün stimmen für Hilfspaket für Banken“](#) (Pressemitteilung vom 30.11.2012)

2.7 Bundesregierung schickt deutsche Raketen in die Türkei

Die Türkei fühlt sich nicht bedroht und Syrien plant keinen Angriff, warum also sendet die Bundesregierung Patriot-Raketen in die Türkei? Es ist ein weiterer Schritt in der Militarisierung der deutschen Außenpolitik, die traditionell mit Falschbehauptungen und Lügen vorangetrieben wird. DIE LINKE war, neben 15 SPD-Abgeordneten und zwei Grünen, die einzige politische Kraft, die gegen diesen Einsatz gestimmt hat.

- [Raketenabwehrsystem Patriot in die Türkei?](#) (10 Fragen und Antworten zur Stationierung des Luftabwehrsystems PATRIOT in der Türkei)
- [Scheinheiliges Argument »Bündnisfall«](#) (Interview mit Christine Buchholz und Jan van Aken auf [linksfraktion.de](#))



Nein! Aktion gegen die Entsendung von deutschen Soldaten in die Türkei am Tag der Abstimmung.

3. Sonstiges

3.1 Aufruf der LINKEN zur internationalen Solidaritätskampagne für Griechenland

DIE LINKE.
Solidarität mit Griechenland!

„Wir rufen Euch auf: Spendet für Griechenland! Redet mit Euren Verwandten, Freundinnen und Freunden, Nachbarinnen und Nachbarn, werbt auf Eurer Arbeitsstelle oder im Sportverein für Spenden. Jede Spenderin und jeder Spender ist ein Mensch mehr, den wir davon überzeugt haben, dass ein

neues Europa nur durch Solidarität von unten wächst.“ [DEN GANZEN AUFRUF LESEN](#)

3.2 Landtagswahl in Niedersachsen am 20. Januar

In Niedersachsen hat die heiße Wahlkampfphase begonnen. Die Wahlen am 20. Januar sind der Auftakt ins Bundestagswahljahr und deswegen ein erster wichtiger Schritt für eine starke LINKE auch im Bundestag. Aus allen Landesverbänden werden im Januar Helferinnen und Helfer für den Wahlkampf eingesetzt. Mehr Informationen gibt es auf [wir-wählen-links.de](#) und [www.gewerkschafterinnen-waehlen-links.de](#).

3.3 Militärangriffe in Nahost auf beiden Seiten sofort einstellen

(Pressemitteilung vom 21.11.)

„Statt friedensstiftender Initiativen setzt die Bundesregierung auf Waffenlieferungen und Stationierung von Raketensystemen in der Region. Besser wäre es da angesichts der katastrophalen Entwicklung, besonders in Gaza, alle Waffenlieferungen sofort zu stoppen.

Stattdessen sollte die Bundesregierung sich für einen sofortigen Waffenstillstand engagieren und Lieferungen von Medikamenten und medizinischen Geräten zu organisieren.“ [WEITERLESEN](#)



4. Kontakt zu Haralds Büros

Wahlkreisbüro Nürnberg

Allersberger Str. 86

90461 Nürnberg

Telefon: (0911) 4505627

Telefax: (0911) 4505627

E-Mail: harald.weinberg@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Penzberg

Christianstr. 6

82377 Penzberg

Telefon: (08856) 8048 722

Telefax: (08856) 8048 723

E-Mail: harald.weinberg@wk2.bundestag.de



Impressum

Dies ist der Newsletter von MdB Harald Weinberg, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel: 030/22772394, siehe <http://www.harald-weinberg.de/index.php?id=44563>